



Propagandistin

Zeitung der Abteilung 16 Grünes Dreieck

AUSGABE NR. 13 DEZEMBER 2012



**Zivilcourage – Sicherheit
im Kiez**

**Rechtsextremismus
konsequent bekämpfen**

Beuth bleibt im Wedding

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der Abteilung,

was lange währt wird endlich gut, oder wie heißt es so schön? Ziemlich lange haben wir gebraucht, um wieder einmal eine Ausgabe unserer Abteilungszeitung herzustellen. Umso schöner ist es, nun das fertige Heft mit vielen interessanten Artikeln vorliegen zu haben. Es ist viel passiert im letzten Jahr, seit der letzten inhaltlichen Ausgabe der Propagandistin. Einige der Themen, die uns besonders beschäftigen findet ihr auch in diesem Heft. So gab es das ganze Jahr über neue, teilweise unglaubliche Erkenntnisse des NSU-Ausschusses im Bundestag, in dem mit Eva Högl unsere Bundestagsabgeordnete sitzt. Sie berichtet in diesem Heft über den Untersuchungsausschuss NSU, dessen vorläufige Ergebnisse und wünschenswerte Schlussfolgerungen und Reformen.

Einige Tage vor dem letzten Redaktionstreffen wurde am Alex ein 20jähriger so sehr angegriffen, so dass er kurz darauf starb. Die öffentliche Trauer und Anteilnahme war groß, es wurde viel über den Vorfall und dessen mögliche Ursachen geschrieben. So titelte der tagesspiegel „Die dunkle Seite der Metropole“ und berichtete, dass die gefühlte Sicherheit trotz statistisch nachweisbar rückläufiger Kriminalität nachlasse. Unsere Stadt, unsere

Gesellschaft wurden und werden noch immer kritisiert. Folgen (z. B. mehr Polizei, Sicherheitsvorkehrungen) werden diskutiert. In was für einer Gesellschaft leben wir? In welcher Gesellschaft möchten wir leben? Auf diese Fragen kann und will diese Propagandistin keine letztgültigen Antworten geben, aber zumindest zum Nachdenken darüber anregen.

Ein großes Thema, zu dem nicht nur der Bericht über unsere Veranstaltung zur „Zivilcourage“ fällt, sondern beispielsweise auch Andreas Wiedermanns Analyse über das Verhältnis zwischen Pro Deutschland und den Salafiten oder Susanne Fischers Plädoyer für bessere Gleichstellungspolitik. Aber auch in unserem Kiez hat sich einiges getan, positive Entwicklungen sind bei der Beuth-Hochschule zu berichten, negative über das Zuckermuseum. Und dann gab und gibt es da noch die Diskussion über das „grüne Dreieck“ im Herzen unseres Abteilungsgebiets. Kommt vielleicht eine KiTa? Welche Auswirkungen hätte das auf die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort? Hierzu schreibt unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende der BVV Martina Matischok eine Stellungnahme aus der Fraktion.

Viel Spaß beim Lesen, Nikolaus

Inhalt

IN DIESER AUSGABE:

BERLIN

Der Mauerpark wird erweitert! 4

AUS DEM KIEZ

Wofür steht Aktiv im Kiez? 5

Zuckermuseum geschlossen 6

Mein Kiez und Wedding 7

Die Beuth Hochschule konzentriert sich auf den Wedding 9

AUS DER FRAKTION

Fraktion vor Ort – Bürgersprechstunde auf der Kinderfarm 10

SCHWERPUNKT

Unser Schwerpunkt: Gesellschaft 13

Das neue Phänomen der Energiearmut 15

Wie Nazis den Salafismus für sich nutzen 17

Rechtsextremismus konsequent bekämpfen 19

Zivilcourage – Sicherheit im Kiez 21

POLITIK

Gleichstellungspolitik 22

Digitale Teilhabe in unserer Gesellschaft 23

Debatte zum Lehrerbildungsgesetz 25

Gute Rente mit der SPD 27

DISKUSSIONSFORUM

Contra: Gegen eine Zulassung von Beschneidungen 29

Pro: Für eine Zulassung von Beschneidungen 31

REZENSION

Franz Walters „Vorwärts oder Abwärts“ 33

DAS POLITISCHE LIED

37

EINDRÜCKE AUS DER 16. 38

BERLIN

Der Mauerpark wird erweitert!

von Sascha Schug

In der BVV-Sitzung vom 22. November 2012 nahm die geplante Erweiterung des Mauerparks eine weitere wichtige Hürde. Dem „Mauerparkvertrag“ zwischen dem Land Berlin, dem Bezirk Mitte und dem Eigentümer der Fläche, der Immobilienfirma CA Immo, wurde zugestimmt. Nun kann noch dieses Jahr der Spatenstich für die geplante Parkerweiterung durchgeführt werden. Dies ist bedeutsam, da somit die Forderung der Allianz-Stiftung, bis Ende 2012 ein sichtbares Zeichen zur Parkerweiterung zu setzen, erfüllt wird und daher keine Gelder zurückgezahlt werden müssen. Die finanzielle Unterstützung der Allianzstiftung zur Erstellung des Mauerparks war an die Bedingung geknüpft, dass der Park mindestens 10ha groß wird. Diese Bedingung wird nun endlich erfüllt.

Gleichzeitig wird nun das B-Plan Verfahren fortgeführt. Denn der Vertrag sagt auch, dass nördlich des Gleimtummels ein Wohnfeld entsteht mit bis zu 600 Wohnungen bzw. einer Bruttogeschossfläche von bis zu 58.000qm. Dies ist der immer noch heftig umstrittene Teil des Vertrags. Die SPD-Fraktion in Mitte ist aber der Meinung, dass die hier entstehende Wohndichte durchaus parkverträglich ist. Zudem werden gerade im Innenstadtbereich neue Wohnungen benötigt. Dies wird auch von allen Parteien inzwischen so gesehen. Wenn es

aber darum geht, wo diesen neuen Wohnungen entstehen sollen, ist fast jede innerstädtische Fläche aus irgendwelchen Gründen für irgendjemanden ungeeignet. Diesen Partikularinteressen muss die SPD eine allgemeinwohlorientierte Politik entgegensetzen. Das ist uns am Mauerpark gelungen.

Besonders freut es mich, dass nächstes Jahr die Bewohnerinnen und Bewohner des Brunnenviertels endlich einen Zugang zum Park an der Lortzingstraße bekommen werden. Damit wird der Park endlich auch von den Menschen im Brunnenviertel als ihr Park wahrgenommen werden können. Und ab sofort können sich alle Interessierten an der Gestaltung des Parks in der Mauerparkwerkstatt engagieren.

Die Aufgabe der SPD-Fraktion wird es im nächsten Jahr sein, das B-Plan Verfahren für das Wohnfeld konstruktiv zu begleiten und dafür zu sorgen, dass hier bezahlbarer Wohnraum für möglichst alle Bevölkerungsschichten entsteht.

AUS DEM KIEZ

Wofür steht Aktiv im Kiez e.V. im Sprengelkiez?

von Siemen Dallmann

Aktiv im Kiez zu sein, ist eine Bitte an alle Mitbewohner ihren Kiez zu pflegen, Hilfestellungen jeder Art anzubieten und ein friedliches Miteinander zu leben.

Wir fördern unter anderem die Toleranz und interkulturelle Verständigung im Sprengelkiez. Auch liegen uns das bürgerliche Engagement und die Selbsthilfe auf nachbarschaftlicher Ebene sehr am Herzen.

In einer Zeit, in der das soziale Engagement immer notwendiger wird, das Geld aber knapp ist, sind Selbsthilfe und Bürgerengagement dringender gefragt denn je. Wer also Lust und Zeit hat, ist bei uns herzlich willkommen.

Was wurde bisher erreicht?

Wir haben eine Rechtsberatung mit Schwerpunkt auf Hartz IV im Nachbarschaftsladen, Sprengelstraße 15 aufgebaut. Hier arbeiten wir mit zwei Rechtsanwaltskanzleien erfolgreich zusammen. Die Beratung ist über die Kiezzgrenzen bekannt und wird gerne weiter empfohlen.

Für Frauen gibt es immer donnerstags von 17.00 bis 20.00 Uhr ein Treff, wo gehandarbeitet, gemalt oder nur Tee getrunken wird. Jeden zweiten Mittwoch im Monat gibt es

einen Spieleabend im SprengelHaus. Immer freitags treffen sie die Freunde des Schulgartens der Brüder Grimm Schule in der Tegeler Straße zum Gärtnern.

Seit jetzt 5 Jahren organisieren wir den lebendigen Adventskalender im Sprengelkiez. Wir laden jeden letzten Freitag im Monat um 19.00 Uhr zu unserem Bürgertreff/Kiezrat in den Nachbarschaftsladen, Sprengelstraße 15 ein.

Hier werden wir uns Schwerpunkt mäßig 2013 mit der Verkehrssituation im Sprengelkiez beschäftigen. Auch werden die Grünflächen im Kiez Thema sein.

Wer sich angesprochen fühlt, und mit uns etwas verändern möchte, ist willkommen.

Du bist jung und möchtest Dich politisch engagieren?

Dann komm zu den Jusos!

Die Jusos sind die Arbeitsgemeinschaft junger Menschen in der SPD. Die Jusos im Bezirk Mitte treffen sich meistens am 1. und 3. Mittwoch im Monat um gemeinsam zu diskutieren und politische Projekte voranzubringen.

Interesse? Dann melde dich unter jusos-mitte@gmx.de.

Zuckermuseum geschlossen

von Nikolaus Kilian



Bild: Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin

Das Zuckermuseum in der Amrumer Straße ist seit dem 05.11.2012 geschlossen. Das seit 1989 öffentlich zugängliche Museum mit mehr als hundertjähriger Geschichte gehört seit 1945 dem Land Berlin. Seit 1995 gehörte das Zuckermuseum zum Technikmuseum und wird seit 2001 zusammen mit diesem durch die Stiftung „Deutsches Technikmuseum Berlin“ verwaltet.

Die Ausstellung soll nach telefonischer Nachfrage voraussichtlich ab Ende 2014 auf dem Gelände des Technik Museum in Kreuzberg in einem separaten Gebäude zu sehen sein. Das Gebäude in der Amrumer Str., das der Technischen Universität gehört, muss saniert werden; und die Stiftung selbst kann oder will die Sanierungskosten nicht stemmen. Daher wird das Haus wohl verkauft werden.

Die Zucker-Ausstellung soll im Rahmen des Umzugs überarbeitet, modernisiert und ergänzt werden. Die Stiftung erhofft sich von dem Umzug auch, mit der alten Sammlung und der überarbeiteten Ausstellung ein breiteres Publikum anzusprechen. Das Zuckermuseum hatte zuletzt jährlich 13.000 BesucherInnen, wohingegen das Technikmuseum mit ca. einer halben Millionen BesucherInnen schon in einer anderen Liga spielt.

Dennoch ist es für den Kiez und die nähere Umgebung tendenziell erst einmal schade, dass das Museum diesen Standort mit seinem traditionsreichen Gebäude verlassen hat. Hoffentlich wird das Gebäude gut nachgenutzt und die Ausstellung wirklich nicht im wahrscheinlich riesigen Archiv des Technikmuseums verschwinden.

Mein Kiez und Wedding

von Xhesi Canaj

Liebe LeserInnen,

auf Grund großer Nachfrage will ich meine Eindrücke über den Wedding und den Brüsseler Kiez darlegen, in den ich vor einem Jahr neu eingezogen bin.

Da diese Kurzdarstellung nicht allen Erfahrungen, Gesprächen und Erlebnissen gerecht werden kann, möchte ich meine Erzählung auf 5 Punkte konzentrieren und ich sie unter den Schlagworten: Romantik, Hygiene, Musikalität, Dynamik und Solidarität zusammenfassen.

Also lasst euch anhand der Schlagworte durch meine Geschichte über diesen Kiez führen und ihr werdet sehen, dass sich keiner in diesem wirren-wilden Wedding verlaufen wird.

U-Bahnhof Amrumer Str.:

Schon nach wenigen Schritten bemerke ich das helle Portal zum Virchow Krankenhaus und den grünen Hof, mit den vielen Rasenflächen, Bäumen und Holzbänken. Sicherlich eine angenehme Stimmung für all die Patienten, die draußen etwas Ruhe und Ablenkung von der eigenen Krankheit finden möchten.

Dabei war der Nutzen, neben einem Krankenhaus zu wohnen, kaum zu übersehen. Verspä-



tungen beim Krankenwagen wird es sicherlich nicht geben. Das ist ein guter Anfang!

Also laufe ich die 400 m bis zur Brüsseler Straße und muss vor dem schmalen mit Kopfsteinpflaster belegten Weg fast schon erstaunen, welchen die Bäume mit ihren aufgeblühten Kronen flankierten. Das Beste musste allerdings noch kommen, denn nachts verwandelt sich die tagsüber harmlose Straße in einen romantischen Boulevard „pour promenades-nocturnes en deux“. Aus der Perspektive der Lütticherstraße bietet sich dank der aneinander gereihten Gaslichtlaternen ein stillvolles Bild, welches den abgeschiedenen eleganten Gassen von Paris ähnelt.

Dass die Medaille auch eine Kehrseite hat, ist längst kein Geheimnis, weil meine Straße, wie sich nicht viel später herausstellen sollte, nicht gerade die sauberste ist. Ein kleines Beispiel sind die orangenen Mülleimer am Straßenrande, die öfter mal überfüllt sind. Schlimmstenfalls kommt es auch dazu, dass der ganze Abfall an der unteren aufklappbaren Öffnung so kräftig drückt, dass sie aufbricht, der ganze Müll durchfällt und sich der stinkige Haufen auseinander kullert, bis er vom nächsten Abfalldienstwagen weggebracht wird. Soviel nur zur Sauberkeit!

Damit, dass der Wedding auch grade nicht das ruhigste Stadtviertel ist, musste ich auch klarkommen. An manchfrühen Morgenstunden rasen die Autos über das Kopfsteinpflaster mit voller Geschwindigkeit, an anderen stellen

Autofahrer, die Straßenverkehrsordnung vollends ignorierend, ihre brummenden Pkws mitten auf dem Weg ab, mit der Folge, dass nun der Verkehr von der einen Seite blockiert ist und alle mürrisch und irritiert sind. Es wird geschimpft, gehupt, die armen Passanten drücken sich die Ohren zu, in wenigen Minuten entsteht reines Chaos und der Lärm ist unerträglich. Zugleich ist auch der Wunsch, an einem Dienstag mit Vorlesung um 10 Uhr auszuschlafen, völlig versaut! Schlechte Laune kommt auf und bleibt für den ganzen Tag bestehen! Auch wenn es am Anfang ziemlich schwer war, meinen Lebensrhythmus an diese Lautstärke anzupassen, wurde das ganze Geschrei und der ganze Rummel irgendwann zur Gewohnheit; hinter dem sich nun eine gewisse Musikalität verbirgt!

Mein Leben im Kiez besteht allerdings aus viel mehr, zum überwiegenden Teil schönen Erfahrungen und interessanten Begegnungen. Allein das Radeln am Nordufer an sonnigen Tagen bei frischer Luft oder das leckere „secondo la tradizione“ hausgemachte italienische Eis beim Café Barletta auf der Torfstraße, sind ja ein reines Vergnügen für Körper und Gaumen. Wer dynamische Erlebnisse mit den kulinarischen in Gleichgewicht bringen will, ist da jedenfalls richtig!

Sogar an den grauesten und regnerischsten Wintertagen ist es im Wedding auf den Obst- und Gemüseständen beim Türken immer „colourfull“. Da ist etwas für jede Geschmacksrichtung dabei, die Auswahl an klassischem Grünzeug oder exotischen Früchten ist vielfältig und die Herkunft international. Der



türkische Markt an der Amrumerstr. ist meine Lieblingsvitamin-tankstelle, denn alle Studenten genießen hier ein Rabatt von 5 % auf alle Lebensmittel!

Solidarität ist im Kiez auch noch weiter verbreitet; der Fahrradreparaturladen Ecke Kiautschoustraße/Tegelerstraße greift gerne Studenten unter die Arme und bietet aufwendige Montagen und umfangreiche Kontrollroutinen für only 35 Euro.

Jeden Tag gibt es also hier was zu entdecken; alleine oder mit Freunden, zu Fuß oder auf 2 Rädern, unter einem aufgespannten Regenschirm oder hinter einer Sonnenbrille sind die Überraschungen stets vor der Haustür. Der Brüsseler- und Sprengelkiez sind im positiven Wechsel; viele Leutemachen mit, jeder auf seine Art und alle verfolgen ein gemeinsames Ziel: sich diesen wilden-wirren Wedding schöner zu machen!

Unter dem Strich erlebt man im Kiez Gutes und Schlechtes; das soll wohl aber keinen davon abhalten, uns mal zu besuchen oder sogar hier zu wohnen, denn solange sich diese komische und interessante Dosierung gegenüberstehender und widersprüchlicher Elemente noch im Gleichgewicht hält, ist mein Kiez unwiderstehlich!!!



Die Beuth Hochschule konzentriert sich auf den Wedding

Wedding und Tegel sollen in Zukunft die einzigen Standorte der Hochschule für Technik sein.

von Andreas Wiedermann

An der Beuth Hochschule für Technik studieren über 10.000 StudentInnen in über 70 Bachelor- und Masterstudiengängen. Jährlich kann sie fast 2000 AbsolventInnen vorweisen. Sie gehört damit zu den zehn größten Fachhochschulen in Deutschland. Ihr Hauptstandort an der Luxemburger Straße im Wedding ist aber auch für den Bezirk und unsere Kieze von Bedeutung. Nicht nur, dass sie StudentInnen in den Wedding zieht.

Sie spielt auch eine zentrale Rolle in der Entwicklung des sogenannten „Bildungsbandes“ um den Leopoldplatz, wozu unter anderem die Zentralbibliothek Mitte, die neben dem Rathaus Wedding entstehen wird, oder die

Musikhochschule in der Ruheplatzstraße gehören. Durch dieses Projekt soll das Gebiet um die Müllerstraße herum als Bildungsstandort aufgewertet werden. Vor diesem Hintergrund ist der Wunsch der Beuth-Hochschule, ihren Standort im Wedding auszubauen, sehr erfreulich. Sie will sich in Zukunft auf zwei Standorte konzentrieren. Circa 15 Prozent sollen nach Tegel ziehen, sobald der Flughafen geschlossen ist. Der ganze Rest soll an der Luxemburger Straße verbleiben und alle bisherigen Außenstandorte dorthin ziehen.

Dafür benötigt die Hochschule aber mehr Platz an diesem Standort, da sie bereits jetzt angesichts ihrer Studierendenzahlen aus allen Nähten platzt. Sie hat daher mehrere Ausbau-Optionen in Planung. So könnten Gebäude direkt an der Luxemburger Straße auf der Seite des Brüsseler Kiezes entstehen. Eine andere Idee ist, das Parkhaus gegenüber der Hochschule durch neue Gebäude zu ersetzen. Insbesondere für den Sprengelkiez wäre diese Lösung sehr attraktiv, da zum einen eine Bausünde endlich verschwinden würde und zum anderen die AnwohnerInnen von neu geschaffenen Strukturen ebenfalls profitieren könnten. Würde dort beispielsweise eine KiTa für Studierende entstehen, könnte sie auch von AnwohnerInnen genutzt werden.

In jedem Fall stellt der Ausbau der Hochschule an diesem Standort für den Bezirk und für die Kieze einen Gewinn dar. Wir als 16. Abteilung – grünes Dreieck sollten die weitere Entwicklung verfolgen und, wo es uns möglich ist, die Interessen des Brüsseler- und des Sprengelkieses in den Prozess einfließen lassen.

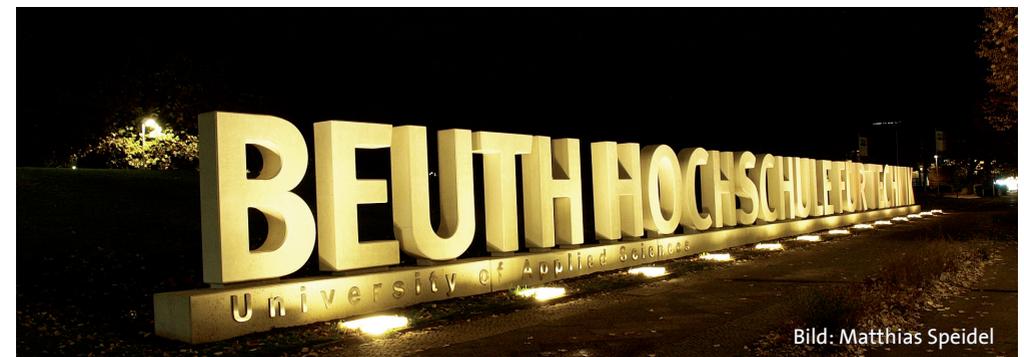


Bild: Matthias Spädel

AUS DER FRAKTION

Fraktion vor Ort – Bürgersprech- stunde auf dem Gelände der Kinderfarm

von Martina Matischok



Die 16. Abteilung / Grünes Dreieck lud am 27.10.2012 auf die Kinderfarm, Luxemburger Str. 25 aus aktuellem Anlass zur Bürger- und Bürgerinnensprechstunde ein.

Siegfried Kühbauer, Leiter der Weddinger Kinderfarm und Andreas Wiedermann, Vorsitzender der SPD Abteilung Grünes Dreieck eröffneten die Veranstaltung.

Für das Bezirksamt stand Uli Davids, Stadtrat für Jugend/Schule/Sport/FM Rede und Antwort. Die SPD-Fraktion der BVV Mitte wurde vertreten durch Janina Körper als Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Udo Sack als Mitglied im Ausschuss für Schule und Martina Matischok als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion.

Anlass der Bürgersprechstunde sind Sorgen der Betreiberinnen und Betreiber sowie Nutzerinnen und Nutzer der Weddinger Kinderfarm und des Abenteuerspielplatzes TELUX auf Grund eines Bebauungsplans für die Errichtung einer Kindertagesstätte, der derzeit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beraten wird.

Hiernach sehen Interessierte der vorgenannten Einrichtung eine Gefährdung der bisher überaus erfolgreichen Kinder- und Jugendarbeit der Kinderfarm und des Abenteuerspielplatzes. Befürchtet wird die Einschränkung der Arbeit bis hin zur Schließung der Einrichtungen auf dem Gelände des Grünen Dreiecks.

Unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ finden an verschiedenen Orten des Bezirks Mitte unterschiedliche Veranstaltungen statt, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, deren Belange, Nöte und Ideen im direkten Gespräch zu hören, gemeinsam zu diskutieren und Informationen über geplante Vorhaben zu geben sowie die Sichtweise Betroffener kennen zu lernen.

Die Art der Veranstaltung und das Thema richten sich nach der jeweiligen Interessenlage der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.



Es wird angemerkt, dass für die Jugendarbeit viel zu wenig Angebote unterbreitet werden, es besteht eine Unterversorgung, der gesetzliche Auftrag an Jugendarbeit wird nicht erfüllt. Gerade für Jugendliche sieht die Angebotspalette mau aus. Die wenigen Angebote können nur den notwendigsten Bedarf decken. Die Bedarfsdeckung im Bereich der Jugendarbeit ist aber gerade als Präventivmaßnahme notwendig. Gut versorgte Jugendliche kommen in der Regel nicht auf dumme Gedanken, was sich wiederum positiv auf die weitere Entwicklung und damit auch auf die Drogen- und Kriminalstatistik auswirken dürfte.

Der Gesetzauftrag dazu ist eindeutig.

Nach § 1 Absatz 3 des Sozialgesetzbuches Achstes Buch (SGB VIII) soll Jugendhilfe insbesondere junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Sie soll u. a. auch dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Die Angebote der Weddinger Kinderfarm und des Abenteuerspielplatzes TELUX stehen

für die Erfüllung des Jugendhilfeauftrags im Sprengel- und Brüsseler Kiez.

Ab 01.08.2013 haben Kinder ab dem 1. vollendeten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Der Rechtsanspruch in Verbindung mit dem Geburtenanstieg und Zuzug von Familien macht einen deutlich höheren Bedarf aus als an Kindergartenplätzen vorhanden ist. Das Landesprogramm „Kita-Ausbau 2012-2015“ stellt für den bedarfsgerechten Ausbau an Kindergärtenplätzen in Berlin 20 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzliche Plätze werden auf eigene Kosten von freien Trägern gestellt. Bis Ende des Jahres 2015 soll es in Berlin 19.000 neue Kindergärtenplätze geben, 11.000 davon entstehen aus den Mitteln des Landesprogrammes.

So weit so schön. An dieser Stelle könnte von einem Erfolg gesprochen werden. Ist es auch, wenn genügend freie Fläche für Neugründungen von Kindergärten oder bei derart bestehenden Einrichtungen zur Platzerweiterungen zur Verfügung steht.

Platzerweiterungen in bestehenden Kindertageeinrichtungen alleine reichen in Berlin-Mitte nach derzeitigem Kenntnisstand aber nicht aus. Fläche für Neugründungen muss



gesichert werden. Der Bezirk Mitte muss für den bedarfsgerechten Ausbau entsprechend handeln.

Der umstrittene Bebauungsplan sieht für den Kindergartenplatzausbau im Sprengel- und Brüsseler Kiez eine Teilfläche auf dem Gelände des Abenteuerspielplatzes TELUX als Kindergartenersatzfläche vor. Die Fläche soll für den Bedarfsfall vorgehalten werden, wobei mit dem Bau eines Kindergartens, wenn überhaupt notwendig, frühestens im Jahr 2017 begonnen werden soll. Dies würde bedeuten, dass sich die Freifläche auf dem TELUX-Gelände entsprechend verkleinert. Gleichzeitig wird befürchtet, dass eine gemeinsame Nutzung des Geländes durch Kindergarteneinrichtung und Abenteuerspielplatz kontraproduktiv sei. Jugendliche haben andere Bedarfe als Kinder, entsprechend muss auch das Angebot in Jugend- und Kindereinrichtungen und den dazu gehörigen Freiflächen unterschiedlich ausgerichtet sein. Eine gemeinsame Nutzung sollte daher nach Ansicht der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht umgesetzt werden.

Die Bedenken der Anwesenden konnten nicht ausgeräumt werden. Wir können nicht versprechen, dass wir im Bedarfsfall nicht auf die Fläche auf dem von TELUX genutzten Gelände zurückgreifen müssen. Wir versprechen allerdings alles erdenklich mögliche zu unternehmen, um eine Einschränkung zu vermeiden, entsprechend werden von den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern vorgeschlagene Alternativen u. a. Flächennutzungsmöglichkeit auf dem Pekinger Platz bzw. der ehemaligen Kindergarteneinrichtung in der Tegeler Straße geprüft.

SCHWERPUNKT

Unser Schwerpunkt: Gesellschaft

Von Nikolaus Kilian

Eines der großen Themen dieser Ausgabe der Propagandistin ist unsere Gesellschaft. In welch einer Gesellschaft leben wir hier in Berlin, in Deutschland?

Diese Zeitschrift kann kein Gesellschaftsbild in all seinen Facetten abbilden, daher haben wir uns im Oktober zusammengesetzt und beschlossen, dass wir uns eher untypischen und für uns auch unangenehmen Thema widmen: Der Gewalt und Kriminalität, bzw. ihre Folgen für unsere Gesellschaft.

Also, in was für einer Gesellschaft leben wir? Wird tatsächlich alles immer schlimmer? Vorab: Nein, es wird nicht alles immer schlimmer. Derartig gewichtete Artikel in seriösen und unseriösen Zeitungen verschweigen gern den eindeutigen Rückgang von Kriminalität, Gewaltverbrechen und, besonders gern skandalisiert, Jugendgewalt.

Eine Studie des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen von 2011 kommt trotzdem zu dem Ergebnis, dass viele Menschen der Ansicht sind, es würde alles schlimmer werden oder zumindest gleich schlimm bleiben.

Wie kommt es dazu? Der Forschungsbericht zählt drei in meinen Augen nachvollziehbare

Gründe auf.

Einerseits spielt der Medienkonsum eine große Rolle. Hier wird stark über spektakuläre Fälle (wie beispielsweise Jonny K. im Oktober dieses Jahres oder über den Mann, der letztes Jahr in der S-Bahn in München getötet wurde) berichtet. Wenn in solchen Berichten Gewalt, Jugendliche und öffentliche Verkehrsmittel zusammen treffen, so ein Ergebnis der Studie, steigt die gefühlte Unsicherheit der LeserInnen. Denn diese Schlagworte betreffen jede und jeden, damit haben alle zu tun.

Zweitens spielen die Werteorientierungen der potentiell zu ängstigenden Leute eine Rolle. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein traditionelles Weltbild (mit dem Schwerpunkt auf der Bewahrung des Bestehenden) mit höheren Furchtwerten und dem Wunsch nach höheren Strafen einhergeht. Wohingegen Personen, denen die Gleichheit der Menschen als einer der wichtigsten Werte gilt, seltener Furcht äußern und weniger oft härtere Strafen fordern.

Der dritte und meiner Ansicht nach für politische Arbeit wichtigste Grund für die Angst vor steigender Gewalt und Kriminalität ist nach der Studie die subjektive Statureinschätzung. Menschen, die sich in unserer Gesellschaft benachteiligt fühlen, beispielsweise weil sie keine Arbeit haben und/oder keine gesellschaftliche Anerkennung erfahren, haben mehr Angst. Leute, die sich selbst als privilegiert einstufen, die sich ein gutes Leben leisten können und die von sich meinen, dass sie haben was ihnen zusteht, haben deutlich weniger Angst vor Gewalt und Kriminalität und gehen auch nicht von einem Anstieg der Straftaten in Deutschland aus.

Diese Erkenntnisse korrespondieren mit Forschungen über die Entstehung rechtsextremer Einstellungen. Auch hier sind persönlich empfundene Perspektivlosigkeit und geringe Statureinschätzung Gründe, die zu einer rechtsextremen Einstellung führen können. Diese Perspektivlosigkeit und das Gefühl subjektiver Benachteiligung betrifft mit Sicherheit auch diejenigen, die unter Umständen mit Prügeleien in der Zeitung stehen, das aber nur am Rande.

Es geht daher nicht primär um Gewalt und Kriminalität in diesem Schwerpunkt der Propagandistin. Es geht vielmehr darum, erst einmal die Menschen in ihren Sorgen und Ängsten ernst zu nehmen und zweitens die Voraussetzungen zu schaffen, dass sich niemand benachteiligt fühlen muss. Genau hier setzt sozialdemokratische Politik an, zumindest sollte sie es.

Das betrifft Bildung und Schule, Ausbildung und Qualifizierung von Jugendlichen, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Gleichstellungspolitik und nicht zuletzt die Rentenpolitik. Es geht um nicht weniger, als die gesamtgesellschaftliche Stimmung, die vermehrt Solidarität und Verantwortung vor Egoismus und das Fortkommen der Einzelnen stellen muss.

Die Studie, auf die ich mich hier berufe, ist online einsehbar und beim KFN zu bestellen. Es handelt sich um den Forschungsbericht Nr. 117:

BAIER, D., KEMME, S., HANSLMAIER, M., DOERING, B., REHBEIN, F. & PFEIFFER, C.
Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung: Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010

Wenn soziale Kälte und reale Kälte zusammentreffen: Das neue Phänomen der Energiearmut

von Jens Sethmann

Seitdem in Deutschland zunehmend Menschen unter die Armutsgrenze rutschen und die Energiepreise stetig ansteigen, stehen immer mehr Haushalte vor dem Problem, wie sie die Wohnung noch warm bekommen und die Stromrechnung bezahlen können. „Energiearmut“ ist in Deutschland noch ein junges Phänomen, doch weil die Spaltung in Arm und Reich immer weiter voranschreitet und ein Sinken der Energiepreise nicht zu erwarten ist, wird das Problem immer größer.

Der Begriff „Energiearmut“ ist noch nicht weit verbreitet. Es gibt weder eine offizielle Definition, wer als energiearm gilt, noch existieren amtliche Statistiken. Ein Anhaltspunkt für das Ausmaß des Problems gibt jedoch die hohe Zahl der Strom und Gassperren, die von den Versorgern wegen Zahlungsverzugs veranlasst werden. Nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 2010 bundesweit rund 600 000 Haushalten der Strom abgeklemmt. Für 2011 rechnet der Bund der Energieverbraucher mit bis zu 800 000 betroffenen Haushalten. Auch für Berlin gibt es nur geschätzte Zahlen: 2011 wurden etwa 25 000 Stromsperrungen veranlasst, das Gas wurde im Schnitt der letzten Jahre in 2500 bis 5000 Fällen abgedreht.

Die häufig zu hörende Annahme, arme



Haushalte würden verschwenderisch mit Energie umgehen, weil beispielsweise Hertz-IV-Empfänger keinen Anreiz zum Sparen hätten, halten der Realität nicht stand. „Es ist eher selten ein sorgloser Umgang mit Strom und Heizenergie erkennbar“, heißt es in einem Bericht des „Wuppertal Instituts“ zur Energiearmut. Bei ALGI-Empfängern werden im Übrigen die tatsächlichen Heizkosten nur so weit übernommen, wie sie „angemessen“ erscheinen. Die Stromkosten müssen aus dem knappen Regelsatz bestritten werden. Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger ist 2010 ersatzlos gestrichen worden.

In der politischen Diskussion um die Energiearmut geht es erstaunlicherweise fast nur um die Strompreise. Dabei sind die Kosten, die für die Heizung und Warmwasserbereitung ausgegeben werden müssen, deutlich höher. Die Agentur für Erneuerbare Energien prognostiziert für einen Drei-Personen-Musterhaushalt im Jahr 2012 monatliche Stromkosten von 75 Euro und Heizkosten von 105 Euro.

Das Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat im Auftrag der grünen

Bundestagsfraktion errechnet, dass die Industrierabatte für die privaten Verbraucher Mehrkosten von 1,0 Cent pro Kilowattstunde verursachen, ab 2013 voraussichtlich sogar 1,6 Cent. Es ist auch nicht mehr nur die besonders energieintensive Metall und Chemieindustrie, die begünstigt wird, mittlerweile zählen auch Geflügelmastanlagen und Golfplätze dazu. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier kritisiert die Energiepolitik der Bundesregierung grundsätzlich als „unverantwortlich“: „Weder kommt der Netzausbau voran, noch wird an der Steigerung der Energieeffizienz gearbeitet, und erst recht gibt es keine Konzepte gegen soziale Verwerfungen durch steigende Energiepreise.“

Um wenigstens die schwächsten Haushalte vor akuter Energiearmut zu schützen, haben der Deutsche Mieterbund und der Paritätische Wohlfahrtsverband ein schnelles Eingreifen gefordert. Für Wohngeldempfänger müsse eine Energiekostenkomponente – ähnlich dem früheren Heizkostenzuschlag – eingeführt werden. „Strom und Heizkosten gehören zu den Wohnkosten und müssen entsprechend berücksichtigt werden“, fordert DMB-Bundesdirektor Lukas Siebenkotten. Bei Empfängern von ALG II, Sozialhilfe oder Grundsicherung müssten auch die Stromkosten in der tatsächlichen Höhe übernommen werden, weil im HartzIV-Regelsatz die Summe für Elektrizität um 60 bis 160 Euro zu niedrig sei. „Wenn wir verhindern wollen, dass hunderttausende Familien in diesem Winter im Dunkeln sitzen, muss die Bundesregierung zügig handeln“, sagt Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Keine Frage: Die Energiewende verlangt jedem etwas ab. Allerdings müssen die Lasten gerecht verteilt werden. Starke Schultern müssen dabei mehr tragen als schwache. Die Bundesregierung verfährt aber nach dem Motto: kalte Füße für die Armen, warmer Geldregen für Konzerne und Vermieter.

**Quelle: MieterMagazin November 2012.
Mit freundlicher Genehmigung des Berliner Mietervereins**

**Der hier abgedruckte Artikel wurde stark gekürzt. Das Original kannst Du dir hier im Internet anschauen:
<http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/mmo/mietermagazin-1112.pdf#page=3&pagemode=bookmarks>**

Wie Nazis den Salafismus für sich nutzen – und wie wir reagieren

von Andreas Wiedermann

Am 18. und 19. August 2012 hat Pro Berlin im Wedding und in Neukölln vor Moscheen anti-muslimische Kundgebungen abgehalten. Auch vor der salafitischen As-Sahaba-Moschee Torf- Ecke Sprengelstraße sind circa 30 Rechtspopulisten aufmarschiert. Sowohl das Bündnis Mitte gegen Rassismus als auch ein berlinweites Bündnis gegen Pro haben zu Gegenkundgebungen aufgerufen. Auch wir als 16. Abteilung und SPD Mitte haben uns an der Gegendemonstration auf der Torfstraße beteiligt, die von gut 100 Personen besucht wurde und ein buntes und lautstarkes Zeichen gegen Rassismus gesetzt hat. Doch nicht Wenige hatten auch ihre Bedenken vor einer salafitischen Moschee gegen die Nazis von Pro zu demonstrieren. Niemand wollte gern den Eindruck erwecken, sich mit Funda-



mentalisten zu solidarisieren. Der Salafismus legt die heiligen Schriften des Islams auf eine Weise aus, die Demokraten nicht akzeptieren können. Die Entrechtung von Frauen, Homophobie oder auch Tendenzen zur Legitimierung religiös motivierter Gewalt sind hier nur einige Stichworte. Dennoch haben wir uns entschieden, Pro dort Paroli zu bieten.

Die Strategie von Pro – Seriöse Religionskritik?

Einige Nazis, die früher in der NPD oder in anderen faschistischen Organisationen aktiv waren und offen ihren Rassismus gepredigt haben, geben sich heute gutbürgerlich und wollen durch eine Instrumentalisierung der Angst vor einer angeblichen Islamisierung Deutschlands anschlussfähig an die Mehrheitsbevölkerung werden. Dieses Phänomen wird allgemein als Rechtspopulismus bezeichnet. Pro Deutschland ist bisher die bekannteste rechtspopulistische Partei. Der Salafismus als radikale und vom Verfassungsschutz als gefährlich eingestufte Strömung des Islams dient ihr als Aufhänger. Auf Websites, Flyer oder in Interviews hetzt die Partei gegen den Islam, indem sie die Ziele und Vorstellungen radikaler Salafiten stellvertretend für den ganzen Islam setzt.

So zum Beispiel auch auf der Kampagnenseite, die Pro für die Kundgebungen im Sommer online stellte „Um den Qur'an als ideologische Bombe zu entschärfen, müsste man rund 200 Stellen mit Gewaltaufrufen entfernen [...]. Das Übel und der Grund für Terrorismus ist also nicht die Auslegung der Salafiten, die letztlich nur die übereinstimmende Lehre der großen islamischen Rechtsschulen en detail verfolgen,

sondern der Qur'an und die Sunna an sich.“ⁱ Die Vielfalt des Islams und seine differenzierten Strömungen werden in dieser Argumentation ausgeblendet. Diese Pauschalisierung wird auf derselben Website noch verstärkt, wenn ohne jeglichen Beleg einfach „von einigen hunderttausend Unterstützern des Salafismus in Deutschland“ gesprochen wird.ⁱⁱ Selbst der Verfassungsschutz geht maximal von wenigen tausenden aus.

Pro hat die Kampagne im August auch mit einer angeblichen Weltverschwörung der Muslime begründet. Deren Ziel sei eine Infiltration der europäischen Regierungen, die bereits in vollem Gange ist. So sei „die Anzahl muslimischer Minister in Deutschland in den letzten zwei Jahren explodiert.“ⁱⁱⁱ Politiker mit einem auch nur vermeintlichen muslimischen Hintergrund werden plötzlich zum Teil einer Verschwörung, die nicht nur salafitisch, sondern islamisch ist. Für Pro geht es also nicht darum, den Salafismus zu kritisieren oder die Demokratie gegen Fundamentalisten zu verteidigen, sondern um pauschale Hetze gegen den Islam, konkret gegen Muslime.

Ein strategisches Dilemma?

Pro beginnt zumeist damit, den Salafismus zu kritisieren, endet aber immer mit einer pauschalisierenden Hetze gegen Muslime. Wollen wir das Gut der Religionsfreiheit verteidigen

und die pauschale Abwertung von Millionen Muslimen in Deutschland nicht akzeptieren, bleibt uns keine andere Wahl als gegen die Versuche von Pro, alle Muslime für die Salafiten in Sippenhaft zu nehmen, zurückzuweisen. Das bedeutet keine Solidarisierung mit anderen Feinden unserer Werte, sondern mit allen Opfern gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch müssen wir keine Bündnisse mit Fundamentalisten eingehen oder gemeinsame Aktionen mit ihnen durchführen, wenn wir zufällig vor einer salafitischen Moschee gegen Nazis demonstrieren müssen. Im Gegenteil, wir können uns selbstbewusst den Nazis in den Weg stellen und dabei deutlich machen, dass wir jegliche gruppenbezogene Abwertung oder Diskriminierung von Menschen ablehnen, egal von wem sie kommt. So haben wir es am 18. August dieses Jahres erfolgreich gemacht und so sollten wir es wiederholen, immer wenn es sein muss.

- i. <http://www.pro-berlin.net/?p=4536>
- ii. Ebd.
- iii. Ebd.



Von Jusos und 16. Abteilung hergestelltes Transpi der SPD-Mitte

Rechtsextremismus konsequent bekämpfen – Lehren aus dem NSU-Terror

von Dr. Eva Högl



von Erkenntnissen und Informationen. Und auch auf der politischen Ebene wurden falsche Entscheidungen getroffen, die verhindert haben, dass die Täter gefasst werden konnten. Die Vernichtung von Akten lässt den Eindruck entstehen, dass es einigen Behörden am nötigen Aufklärungswillen fehlt. Dass es sich dabei nur um Pannen handelt, ist schwer zu glauben.

Die Morde und Sprengstoffanschläge der rechtsextremen Terrorgruppe NSU waren ein Anschlag auf unsere Demokratie. Drei Rechtsextreme zogen mehr als ein Jahrzehnt untergetaucht durch Deutschland und ermordeten kaltblütig zehn Menschen – neun Männer mit türkischem und griechischem Hintergrund und eine Polizistin. Vor einem Jahr erfuhren wir von diesem rechtsextremen Terror. Seitdem kamen nach und nach viele Informationen ans Tageslicht: Die unvorstellbare Dimension der NSU-Verbrechen, die zahlreichen Fehler der Sicherheitsbehörden und die dramatische Verharmlosung von Rechtsextremismus. Wir sind es den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, die Hintergründe lückenlos aufzuklären. Daran arbeite ich als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion engagiert und gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Bei der Mordserie wurde das Motiv der Täter nicht gesehen und nicht ausreichend in Richtung Rechtsextremismus ermittelt – ein zentrales Versäumnis. Der Verfassungsschutz hat die Gefahr des rechtsextremen Terrors nicht erkannt, ist Hinweisen nicht nachgegangen und hat sogar die Zusammenarbeit bei den Ermittlungen verweigert. Die Eitelkeiten der Behörden verhinderten einen Austausch

Der Untersuchungsausschuss wird im nächsten Jahr Vorschläge für Reformen vorlegen, die dazu beitragen sollen, dass rechtsextremes Terror frühzeitig erkannt und verhindert wird. Wir müssen die Arbeit von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz grundlegend verändern und Rechtsextremismus konsequent bekämpfen. Nur so können wir das verloren gegangene Vertrauen in unsere Demokratie und ihre Institutionen wieder herstellen. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel in den Sicherheitsbehörden. Die Haltung gegenüber Rechtsextremismus muss sich verändern: weg von der Verharmlosung hin zu aktiver Bekämpfung. Und der Verfassungsschutz muss sein „Schlapphut-Image“ ablegen, deutlich andere Prioritäten bei seiner Arbeit setzen und viel besser kontrolliert werden. Die SPD hat bereits im August 2012 ihre Pläne für die notwendigen Reformen des Verfassungsschutzes auf den Tisch gelegt, die insbesondere eine bessere Schulung und Sensibilisierung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, klarere und strengere Regeln für die Anwerbung und Führung von V-Personen und die Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle beinhalten.

Ich kann nur hoffen, dass alle die Dimensionen des rechtsextremen Terrors verstanden

haben. Es muss etwas passieren. Programme gegen Rechtstextremismus müssen solide und dauerhaft finanziert werden. Die Kommunen müssen ein attraktives kulturelles und soziales Angebot bereitstellen. Bei der politischen Bildung darf nicht gespart werden.

Wir alle müssen uns gegen Rechtsextremismus engagieren – staatliche Behörden genauso wie zivile Organisationen und Initiativen. Menschenfeindlichkeit und Rassismus gehören nicht in unsere Gesellschaft. Kein Mensch darf verfolgt und ausgegrenzt werden – von niemandem. Wir wollen eine tolerante und weltoffene Gesellschaft – in der Rechtsextremismus und Terror keinen Platz haben.

Zivilcourage – Sicherheit im Kiez

Informationsveranstaltung mit der Berliner Polizei zum Thema Zivilcourage am 20.11. im Sprengelhaus

von Nike Marquardt

In den vergangenen Monaten haben wir vermehrt von gewaltvollen Übergriffen im öffentlichen Raum erfahren. Einige dieser Übergriffe fanden in unserem Bezirk und sogar in unserem Kiez statt, wenn man an den lebensbedrohlichen Überfall im U-Bahnhof Amrumer Straße im Sommer 2011 denkt. Das jüngste traurige Beispiel ist der Tod von Johnny K. auf dem Alexanderplatz im Oktober. Diese Überfälle ereigneten sich oft vor den Augen von Passanten – Mitbürgern, die mit solchen Situation überfordert sind und nicht wissen wie sie angemessen reagieren sollen.

Die SPD Grünes Dreieck hat es daher als ihre Verantwortung gesehen, eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema

Zivilcourage anzubieten. Was ist Zivilcourage, wie helfe ich, ohne mich selber in Gefahr zu bringen und wo finde ich Unterstützungs- und Beratungsangebote in meiner Nähe? Diese Fragen lockten zahlreiche Kiezbewohner am 20. November ins Sprengelhaus.

Die Berliner Polizei unterstützte unsere Veranstaltung mit gleich zwei Referenten: Timo Hartmann vom Anti Gewalt Projekt und Wulf Dornblut, dem Präventionsbeauftragten unserer beiden Kieze.

Die Polizei informierte darüber, dass die Zahl der Überfälle insgesamt zurück geht und wir in Berlin sehr sicher leben. Durch die umfassende Berichterstattung zu einzelnen schweren Straftaten entstehe jedoch der Eindruck, gewaltvolle Übergriffe würden sich häufen.

Die Botschaft an diesem Abend lautet: Es ist gesund und gut, Angst zu haben. Man muss sich nicht selbst einmischen, um zu helfen. Es reicht, sich selbst in Sicherheit zu bringen und aus sicherer Entfernung heraus, die Polizei zu alarmieren. Wird man selbst Opfer eines Überfalls, helfen die Worte „Hilfe, Überfall, Polizei“, um sich in Rufweite befindende Personen von der Ernsthaftigkeit der Situation zu überzeugen. Umstehende Personen sollten gezielt angesprochen und zur Hilfeleistung animiert werden.

Unterstützungsangebote finden Betroffene auf der Internetseite der Berliner Polizei. Im Kiez gibt es zudem die Konfliktagentur, die dazu beitragen kann, dass früh erkannte Konflikte gar nicht erst zu einem gewaltvollen Übergriff eskalieren.



POLITIK

Gleichstellungs- politik

Von Susanne Fischer

Gleichstellungspolitik hat nicht gerade den besten Ruf. Unser ehemaliger Kanzler Schröder fasst die leider weit verbreitete Einstellung gegenüber dem Thema in einem Wort zusammen: „Gedöns“. Dabei ist diese Ansicht nicht nur auf Männer begrenzt. Es gibt genügend Frauen, die glauben, alles wäre erreicht, Frauen gleichgestellt, Thema beendet. Aber das ist nur die halbe Wahrheit.

Wahrheit ist, dass Frauen immer noch erheblich weniger verdienen als Männer. Obwohl sie inzwischen die besseren Abschlüsse machen, bekommen Frauen nicht die besseren Jobs – zumindest nicht die besser bezahlten. So sind es in den meisten Fällen die Frauen, die zu Hause bleiben oder auf Halbtagsstellen umsteigen, wenn es um die Familienplanung geht. Getreu dem Motto: wer von uns mehr Geld verdient, geht weiterhin voll arbeiten. Ungleichheit kann so auch in den emanzipiertesten Beziehungen entstehen.

So ist es auch nicht überraschend, dass ein Großteil der Menschen, die in den „Genuss“ der neuen Zuschussrente der Sozialministerin kommen, weiblich ist. Rente und Altersarmut – auch Gedöns? Auf jeden Fall wichtige Themen für uns Frauen und ein Grund, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Sei es mit Quoten, mehr Kitaplätzen oder Ganztagsbetreuung in

Schulen.

Überhaupt, der Kampf gegen Armut. Wie kann es sein, dass in so einer reichen Gesellschaft wie der unsrigen Kinder immer noch ein Armutsrisiko sind? Ein Schicksal, unter dem vor allem Alleinerziehende leiden, darunter (mal wieder) besonders viele Frauen. Wir reden hier nicht über Gedöns oder Quoten, sondern über handfeste soziale Gerechtigkeit, die wir als Sozialdemokraten endlich abschaffen müssen.

Gleichstellungspolitik muss deswegen aber auch heißen, dass es endlich mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gibt. Ohne Kindergarten- und Krippenplätze in ausreichender Zahl werden sich immer noch Frauen zwischen Kindern und Karrieren entscheiden müssen – oder zwischen Kindern und Altersarmut, wenn wir den letzten Horrorrechnungen zum Thema Rente glauben schenken. Das darf nicht als gerecht empfunden und schon gar nicht stillschweigend akzeptiert werden.

Gleichstellungspolitik muss heißen, dass wir diese Bedingungen aus dem Weg schaffen. Es muss heißen, dass wir dafür kämpfen, dass Männer und Frauen sich zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens für oder gegen eine Familie und eine Karriere entscheiden können, ohne Armut befürchten zu müssen. Es muss auch heißen, dass eine Frau ganz selbstverständlich jeden Beruf, den sie will annehmen kann – und dass Männer, wenn sie wollen zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern können. Es ist eine Gleichstellung, für die wir alle kämpfen sollten.

Digitale Teilhabe in unserer Gesellschaft

Von Nikolaus Kilian

Viel wurde über das Internet geredet und geschrieben, insbesondere nach dem letztjährigen Erfolg der Piraten-Partei bei der Berliner Wahl. Alle wollen, nach dem Vorbild der jungen Partei, moderner, offener werden, das Internet vermehrt für Transparenz und die Möglichkeit zur Mitentscheidungen aller nutzen.

Die grundlegenden Voraussetzungen könnten passen. Nie zuvor war der Zugang zum Internet in Deutschland so weit verbreitet wie jetzt. Allein von 2002 bis 2005 ist die Zahl der Haushalte mit regelmäßig genutztem Internetzugang von 46 auf 62% gestiegen, 2012 sind es sogar über 75% der Haushalte, die Zugang zum Netz haben.

Diesen riesigen Zuwachsraten und hohen absoluten Zahlen zum Trotz sind es aber immer noch 21% der Haushalte in Deutschland, die kein Internet haben. Das sind bei ca. 40 Mio. Haushalten noch über acht Mio. offline-Haushalte. Zu viele, um den Forderungen nach Transparenz und mehr Mitbestimmung aller nur über das Internet nachkommen zu können. So lange nicht zumindest die Voraussetzungen gegeben sind, dass jede/r Zugang zum Internet hat, sollte sich politische Kommunikation und sollten sich politische Entscheidungen nicht vermehrt auf dennoch

immer nicht für alle zugänglichen digitalen Raum verlagern.

Welche Gründe kann es geben, kein Internet zu nutzen, bzw. keinen Zugang zu besitzen? Ein starker Grund ist wahrscheinlich der finanzielle Aspekt, ca. 20€ pro Monat muss man schon rechnen, wenn man einen Vertrag mit einem Internetanbieter abschließt. Hier könnte (und sollte) durch die Politik auf kommunaler Ebene Abhilfe geschaffen werden.

Ob man nun politische Entscheidungen oder Diskussionen über das Internet stärkt oder nicht, das Medium an sich ist inzwischen so stark ein Aspekt des öffentlichen und sozialen Lebens, dass die Möglichkeit zur Teilhabe gewährleistet werden muss. Ideen, das zu schaffen, gibt es einige. Dass diese Gedanken inzwischen auch im politischen Mainstream angekommen sind, beweist nicht zuletzt der Berliner Koalitionsvertrag von SPD und CDU, in dem es in Kapitel 9 heißt: „Wir wollen ein gebührenfreies WLAN für Berlin ermöglichen und die Netzpolitik zu einem eigenständigen Politikfeld entwickeln.“

Es wird auch hier davon ausgegangen, dass das Internet inzwischen so wichtig für viele Menschen ist, dass es freien Zugang geben sollte. Umgesetzt werden wird das, so ist bisher zu lesen (z. B. in der kleinen Anfrage Nr. 16-12138), durch private Finanzierung und privaten Betrieb.

Aber auch die älteren Menschen, die mit den technischen Entwicklungen nicht aufgewachsen oder nicht mitgekommen sind, dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Dieser Aspekt darf bei allen positiven Möglichkeiten, die durch Digitalisierung und dadurch möglichen Vereinfachungen nicht vergessen werden. Bei den über 70jährigen besitzen immer noch nur 28% der Menschen einen Internetanschluss, bei den 60 bis 69jährigen sind es immerhin 60% mit Anschluss. Die Zahlen sind im Gegensatz zum Vorjahr wieder gestiegen. Es mag sein, dass dieses Problem sich in zehn oder zwanzig Jahren marginalisiert hat, bis dahin müssen diese Menschen aber immer mit bedacht werden. Daher kann man den Beschluss des Berliner Landesparteitags zum Thema „Partizipation und digitale Teilhabe in der so-

zialen Stadt“ auch kritisieren, denn im Gegensatz zum im Kreis Mitte beschlossenen Antrag fehlt hier beispielsweise die Aufforderung an die Verwaltungen, den Zugang zu wichtigen Bereichen der Daseinsfürsorge weiterhin auch ohne Internetanschluss zu gewährleisten. Insgesamt ist aber zu begrüßen, dass sich die SPD diesen Themen stellt und hier eine eigene Politik entwirft. Die Piraten haben sich im Laufe dieses Jahres mehr oder weniger selbst entzaubert und das Thema an sich ist zu wichtig, als dass es dieser Partei oder auch nur einer kleinen internetbegeisterten Strömung innerhalb unserer Partei zu überlassen ist. Der Leitantrag auf dem Landesparteitag und die hoffentlich stattfindende Thematisierung im kommenden Bundeswahlkampf sollten das bekräftigen.

IMPRESSUM

Die Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der Abteilung 16 – Grünes Dreieck in Berlin Mitte
Abgedruckte Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Abteilung oder der Partei wider.

Redaktion und AutorInnen:

XhesiCanaj, Siemen Dallmann, Susanne Fischer, Eva Högl, Nikolaus Kilian, Nike Marquardt, Martina Matischok, Ruth Möller, Ruth Möller, Uwe Ostendorff, Ilkin Özisik, Sascha Schug, Jens Sethmann, Matthias Speidel, Andreas Wiedermann, Julian Zado

Layout und Satz: Nike Marquardt

V.i.S.d.P.:

16. Abteilung Grünes Dreieck SPD Mitte
Andreas Wiedermann, Triftstraße 7, 13353 Berlin

Chefredaktion:

Nikolaus Kilian, Fehmarner Str. 3, 13353 Berlin
Kontakt: n_kilian@gmx.de

Debatte zum Lehrerbildungsgesetz: Eine qualitative Verbesserung der Berliner Schule

von **Ilkin Özisik**



Ein entscheidender Baustein, um eine bessere und inklusive Berliner Schule für alle aufzubauen, ist die Einführung eines neuen Lehrerbildungsgesetzes. Die LehrerInnen stehen nach der Berliner Schulreform zur Zweigliedrigkeit vor neuen Herausforderungen. Mit dem neuen Gesetz wollen wir die Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer stärken, damit sie die Schülerinnen und Schüler optimal fördern können. Die folgenden Punkte, die auch auf die Empfehlungen der Expertenkommission Lehrerbildung basieren, erscheinen mir dabei besonders wichtig.

Um die Lehrerbildung an das reformierte Schulsystem anzupassen, würden die neuen LehrerInnen demnach eine zielgerichtete Ausbildung bekommen, die sich an der Schulstufe und dem Bildungsgrad der Schüler orientiert. Die anachronistische Ausbildung von Hauptschullehrern und Realschullehrern, für die es in Berlin keinen Bedarf mehr gibt, wird abgeschafft.

Zudem möchte ich mir für die Einführung eines Praxissemesters stark machen, um die StudentInnen mit ihrem zukünftigen Arbeitsplatz schon im Studium vertraut zu machen. Mit der Hilfe und Betreuung von MentorInnen an den Schulen sollen die Lehramtsstudenten ihre professionellen Kompetenzen verbessern und die aktive Gestaltung selbständigen Unterrichts erlernen.

Mit der Einführung des Praxissemesters wird noch eine andere Zielrichtung verfolgt: Die MentorInnen an den Schulen werden auch von den StudentInnen lernen, denn diese bringen aus der Universität aktuelle Studieninhalte, aktuelle didaktische Methoden, aktuelle Fachlichkeit, usw. mit. Wenn die Lehrkräfte eine offene Einstellung zum Praxissemester mitbringen, werden auch sie und somit auch direkt die SchülerInnen davon profitieren werden.

Der Lehrermangel an beruflich bildenden Schulen soll mit der Einrichtung eines „Aufbaumaster“ neben dem grundständigen Studiengang reduziert werden. Damit wird ein Angebot für diejenigen, die gern Berufsschullehrer werden möchten, zur Verfügung stehen. Solch ein Masterstudiengang kann nicht nur helfen, den Mangel an Lehrkräften zu lindern, sondern bei der Ausbildung dieser auch auf mehr Fachlichkeit für die Berliner Berufsschulen achten.

Das neue Lehrerbildungsgesetz soll auch eine deutliche Erhöhung der fachlichen Kompetenz der Berliner Grundschullehrer garantieren. Gute frühe Bildung wird möglich, wenn die StudentInnen des Grundschullehramtes eine stärkere sprachliche und mathematische Didaktikausbildung erhalten. Die Fächer „sprachliche Grundbildung in Mündlichkeit und Schriftlichkeit“ sowie „mathematische

Grundbildung“ sollten obligatorisch für alle Grundschullehrer-Studierenden werden. Dies erlaubt allen zukünftigen Grundschullehrern, den Schülern die Grundfertigkeiten dieser wichtigen Fächer zu vermitteln.

Ein wichtiger Punkt, um im Thema Inklusion voranzuschreiten, ist die Vorbereitung und Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer auf den inklusiven Unterricht. Dazu gibt es zwei interessante Empfehlungen der Expertenkommission. Einerseits soll ein Studienschwerpunkt „Sonderpädagogik/Rehabilitationswissenschaften“ innerhalb der Studiengänge für die verschiedenen Schulformen eingerichtet werden. Das würde bedeuten, dass die Lehrer durch diese Ausbildung Spezialisten für bestimmte Behinderungsformen werden und weiterhin an ihrer jeweiligen Schule wie Grundschule, integrierte Sekundarschule, Gymnasium und Berufsschule unterrichten. Andererseits sollen alle StudentInnen eine sonderpädagogische Grundqualifikation bekommen. Mit dieser werden alle zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer reagieren und handeln können, wenn von ihnen gefordert wird, inklusiv zu arbeiten.

Damit schaffen wir einen großen Fortschritt, um die Berliner Schulen weiterhin zu verbessern, denn die Lehrkräfte werden die Werkzeuge und Fertigkeiten haben, um diese große und richtige Herausforderung zu erfüllen. Das ist unser Ziel und daran arbeiten wir.

Gute Rente mit der SPD

von Ruth Möller

Die SPD hat auf dem Parteikonvent, dem „kleinen Parteitag“ am 24. November 2012, einstimmig ein solidarisches und schlüssiges Rentenkonzept beschlossen, das im Ergebnis die offene und sachliche Diskussion auf allen Ebenen der Partei in den letzten Wochen und Monaten widerspiegelt. Die Hauptpunkte dieses solidarischen Rentenkonzepts sind: Aussetzen der Rente mit 67 Jahren bis die Hälfte der älteren Arbeitnehmer beschäftigt ist; Rentenbezug nach 45 Versicherungsjahren ohne Abzüge; Anspruch auf eine Mindestrente

Sechs Kernpunkte des SPD-Rentenkonzepts im Vergleich zum Konzept der Regierungskoalition:

SPD-Rentenkonzept	Rentenbeschluss von Schwarz-Gelb
- Solidarrente von 850 Euro	- Aufstockung von Mini-Renten um max. 15 Euro über dem Sozialhilfesatz (im Schnitt 688 Euro)
- Volle Erwerbsminderungsrente ohne Abschlag	- nicht vorgesehen
- Rentenniveau bis 2020 auf aktuellem Stand stabilisieren	- nicht vorgesehen
- betriebliche Altersvorsorge massiv unterstützen	- Riester-Rente ausbauen
- schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters vorläufig aussetzen	- Festhalten an Rente mit 67
- Gleiche Anerkennung von Erziehungs-/Pflegezeiten in Ost und West	- nicht vorgesehen

Quelle: SPD Bundestagsfraktion 2012

DISKUSSIONSFORUM

CONTRA: Beschneidung

Gegen eine Zulassung von Beschneidungen aus nicht-medizinischen Gründen an Minderjährigen, die noch zu jung sind dies einzuwilligen

von Uwe Ostendorff

Mein komplizierter Titel zeigt es schon: Mit Schwarz-Weiß-Malerei oder gut und böse Sichtweisen ist das Thema der „Knabenbeschneidung“ nicht zu erfassen. Die Politik stand und steht vor der Aufgabe, unterschiedliche Verfassungsrechte miteinander in Einklang zu bringen. Zweierlei Grundrechte gegeneinander abzuwägen ist stets eine schwierige Herausforderung und sie wird in jeder Zeit anders beantwortet. Letztlich spiegelt diese Antwort auch die ideologischen Machtverhältnisse wider. In diesem Fall geht es um das Recht auf körperliche Unversehrtheit des Kindes gegen das elterliche Erziehungsrecht.

Das Kindesrecht fußt gleich auf mehreren Rechtstiteln. Zunächst einmal gilt Artikel 2 Satz 2 GG: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Darüber hinaus gelten gleich zwei völkerrechtlich verbindliche Verträge, die für diesen Fall noch nicht ausgelegt wurden. Das ist zum einen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. In Artikel 3 wird das Recht auf Gesundheit festgeschrieben. Darunter versteht man den „Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“ Sämtliche das Kind betreffende Gesetzgebung, heißt es im allgemeinen Teil der UN-Konvention, hat dessen Wohl zu dienen. Das gilt auch für ein Gesetz zur Frage der Beschneidung.

Zum anderen ist es der Lissabon-Vertrag: In Art. 3 Abs. 3 des Vertrages der Europäischen Union wird die EU ausdrücklich dazu aufgefordert, Kinderrechte zu fördern. Des Weiteren sind die Rechte des Kindes in der Charta der Grundrechte der EU verankert, Art. 24 erkennt Kinder als unabhängige, eigenständige Rechtssubjekte an und stellt das Kindeswohl bei allen Maßnahmen öffentlicher und privater Stellen oben an.

Dem gegenüber steht das in Artikel 6 des Grundgesetzes festgelegte Elternrecht. „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft“. Den Eltern obliegt es also, die Rechte des Kindes zu wahren. Die Gemeinschaft ist in der Pflicht, darüber zu wachen. Die Eltern nehmen also Rechte für das Kind wahr, soweit es diese als Träger eigener Rechte noch nicht selbst wahrnehmen kann. Dabei haben sie sowohl das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu wahren als auch das in Artikel 4 beschriebene Recht auf Religionsfreiheit, in dem Fall des Kindes.

Nun gibt es religiöse Vorgaben, die besagen, dass ein Knabe erst nach der Beschneidung Teil der Religionsgemeinschaft sein kann. Im Wesentlichen betrifft dies die drei monotheistischen Religionsgemeinschaften. Im Christentum ist sie nur wenig verbreitet. Im Islam ist die Beschneidung üblich, kann aber bis zur Vollendung des 13. Lebensjahres warten. Nur im Judentum wird vom 8. Lebenstag gesprochen. Doch auch hier kann z.B. bei Krankheit des Säuglings oder ähnlichen Gründen bis zum 13. Lebensjahr gewartet werden. Es gibt sogar vereinzelte Reformgemeinden, die diesen Akt nur symbolisch durchführen. Soweit die Bandbreite religiöser Vorgaben.

Dem entgegen stehen unzählige Studien, die von Traumata über Infektionen und Harnröhrenprobleme bis Kindestod (eher selten) alles an medizinischen Komplikationen aufführen. Auch die Fallzahl der Komplikationen reicht von 6% bis 22%. Die Komplikationen hängen dabei häufig auch mit der konkreten Beschneidungsmethode selbst zusammen. Ich will hier nicht ins Detail gehen. Das ist in jedem Fall mehr als eine vernachlässigbare Größe und

von 850 € nach 30 Versicherungsjahren sowie Aussetzen und Überprüfung der geplanten Absenkung des Rentenniveaus bis zum Jahre 2020. Außerdem sollen nach zwanzig Jahren die Renten im geeinten Deutschland bis 2020 schrittweise angeglichen, Betriebsrenten gestärkt und eine einheitliche Versicherung für alle eingeführt werden. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen schrittweise durch die langfristig mögliche Anhebung der Beträge bis 22 Prozent und durch Steuergelder.

„Rente und Altersarmut“ wird eines der Hauptwahlkampfthemen werden. Die Koalition versucht seit etwa einem Jahr dieses Thema zu ihrem zu machen und bei den Wählerinnen und Wählern zu punkten, ob jung oder alt. Aber herausgekommen sind bisher nur eine Verstärkung der Altersarmut trotz Rente, eine aberwitzige Vorstellung der Anerkennung von Lebensarbeitszeit, die ebenfalls direkt in Altersarmut führt, und keine Angleichung von Ost- und Westrenten. Als Krönung für den Wahlkampf setzt Schwarz-Gelb nun die Absenkung des Arbeitnehmerbeitrags in die Rentenkasse durch – nicht mehr Entlastung im Portemonnaie als ein Getränk, aber eine Belastung für zukünftige Rentenzahlungen in Milliardenhöhe! Das ist das Gegenteil von Vorsorge. Gruselig wird dieses Rentenplünderungsspiel, wenn Schwarz-Gelb das sozialdemokratische Rentenkonzept als zu teuer diffamiert.

Natürlich ist dieses sozialdemokratische Konzept kein Wunschzettel, weil Weihnachten vor der Tür steht. Nicht alle Vorstellungen der SPD in Berlins Mitte finden sich im Solidar-konzept zur Rente. Doch legt die SPD ein Konzept vor, mit dem die jetzt notwendigen Schritte eingeleitet werden können, um die weitere Absenkung der Renten und eine Steigerung der Altersarmut zu verhindern.

eine Bedrohung der Gesundheit des Kindes.

Es hätte mindestens genauer Vorgaben für die Beschneidung bedurft. Besser noch wäre es gewesen, dem Vorschlag von terre des hommes zu folgen und einen runden Tisch sowie ein zweijähriges Moratorium umzusetzen. Im jetzigen Gesetz jedenfalls wurde das Kindeswohl unter das Elternrecht gestellt. Das ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Artikel 4 steht nicht über Artikel 2. Auch die UN-Kinderrechtskonvention und die Charta über die Grundrechte der Europäischen Union bzw. der Lissabon Vertrag wurden verletzt.

Und um noch einmal eines klarzustellen: Es geht nicht um die Religionsfreiheit der Eltern. Das Kind ist Träger eigener Rechte. Diese zu wahren ist Aufgabe der Eltern, „über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft“ (Art. 6, GG). Nur darum geht es, auch wenn einige uns anderes glauben machen wollen. Sich um die Rechte der Schwächsten zu kümmern, war stets Aufgabe der Sozialdemokratie. In diesem Fall geht es um Kinder. Hier ist es gerade der Initiative der SPD-Kinderbeauftragten Marlene Rupprecht zu verdanken, einen alternativen, die Kinderrechte berücksichtigenden Gesetzentwurf vorgelegt zu haben. Sie schreibt: „In unserem Entwurf stehen die Kinderrechte im Mittelpunkt. [...] Nach sorgfältiger Abwägung der grundgesetzlich geschützten Rechtsgüter, insbesondere dem Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit, dem Recht der Eltern auf elterliche Erziehung, der Religionsfreiheit des Kindes sowie dem Schutz des Kindeswohls legen wir einen Gesetzentwurf vor, der eine Beschneidung von Jungen unter Einhaltung bestimmter Anforderungen im Recht der elterlichen Sorge (§§ 1626 ff. BGB) regelt und grundsätzlich erlaubt.“

Und zum Schluss steht es uns als den Enkeln der Aufklärung durchaus gut zu Gesicht, uns einmal grundsätzlich Gedanken zu archaisch-patriarchalen Ritualen zu machen. Die Bemächtigung eines fremden Körpers durch welchen Eingriff auch immer, und auch wenn dies durch einen Mann bei einem werdenden Mann geschieht, ist ein Akt der Unterwerfung. Er dient der Manifestierung und Konservierung von Herrschaftsverhältnissen und ist als solcher zu entlarven. Die Überwindung

solcher patriarchaler Rituale ist eine emanzipatorische Überzeugungsaufgabe, keine gesetzliche. Zugegebenermaßen ist es nicht ganz einfach, einen herrschaftskritischen Standpunkt zu so einem sensiblen Thema zu vertreten, wenn auf der anderen Seite Islamophobie, Antisemitismus, Rassismus, aber auch religiöse fundamentale Positionen und Plattitüden aufeinander treffen. Aber es ist den Versuch wert.

PRO: Beschneidung

Für eine Zulassung von Beschneidungen in engen Grenzen

von Julian Zado

Das Problem der Zulässigkeit von Beschneidungen ist durch ein Urteil des Amtsgerichts Köln entstanden, das vor einiger Zeit die Beschneidung aus religiösen Gründen als nicht gerechtfertigte Körperverletzung gewertet hat. JuristInnen sind sich weitgehend einig, dass es sich dabei um ein handwerklich schlechtes Urteil handelt, weil es sich mit der Problematik in nur wenigen Zeilen auseinandersetzt. Zuvor war es jahrzehntlang unumstritten, dass Beschneidungen von Ärzten aus religiösen Gründen erlaubt sind. Auch das Urteil des Amtsgerichts wäre mit Sicherheit in einer höheren Instanz verworfen worden, wenn der Richter nicht zu einem Trick gegriffen hätte: Er hat eine rechtswidrige Körperverletzung festgestellt, den Arzt aber nicht verurteilt, weil dieser wegen eines unvermeidbaren Irrtums über die Rechtslage entschuldigt sei. Da es also keinen Verurteilten gibt, kann es auch keine höhere Instanz geben. So hat ein einzelner Richter für einen kurzen Moment bundesweiter Aufmerksamkeit mal eben ein schlechtes Urteil geschrieben. So viel zur Vorgeschichte.

Der Eingriff in die Religionsfreiheit

Ein Verbot von Beschneidungen aus religiösen Gründen bedeutet zunächst einen Eingriff in die Religionsfreiheit. Diese üben die Eltern

für ihre Kinder aus, solange diese noch nicht selbst entscheiden können. Es gibt religiöse Postulate, die eine Beschneidung zwingend vorsehen in einem Alter, in dem Kinder noch nicht selbst entscheiden können. Die Möglichkeit, dass man mit der Beschneidung wartet, bis die Kinder selbst entscheiden können, besteht nach diesen religiösen Ansichten nicht. Denn dann ist es zu spät für die Entscheidung. Ich finde solche religiösen Sitten primitiv und falsch. Aber darum geht es nicht. Kerninhalt der Religionsfreiheit ist es nämlich gerade, dass die Religionsangehörigen selbst darüber entscheiden, was zu ihrer Religion gehört. Das kann niemand von außen definieren. Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie ist ein Abwehrrecht gegen den Staat, damit niemals wieder der Staat gegen Menschen aufgrund ihrer Religion vorgehen darf. Selbst wenn man also Religionen insgesamt ablehnt, sollte man sich davor hüten, die Religionsfreiheit auszuhöhlen. Die Überwindung von Religionen kann nicht durch staatliche Gängelung gelingen.

Ein vollständiges Verbot von Beschneidungen im Kindesalter bedeutet aber, dass der Staat Menschen nicht nur in der Ausübung ihrer Religion behindert, sondern diese vollständig unmöglich macht. Demgegenüber steht das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit. Dieses ist – das muss nicht näher erläutert werden – ein sehr wichtiges Grundrecht, mit dem nicht leichtfertig umgegangen werden darf. Wann immer jedoch zwei verschiedene Grundrechte nicht auf Anhieb miteinander vereinbar sind, muss ein angemessener Ausgleich zwischen beiden geschaffen werden. Bei der Einschätzung, wie stark dieser Eingriff ist, kann ich mich als medizinischer Laie nur auf die Meinung von ExpertInnen verlassen. Hier gibt es kein einheitliches Bild. Aber in der Gesamtschau vieler Stimmen bin ich zu der Einschätzung gelangt, dass der Eingriff relativ harmlos ist. Diese Prämisse lege ich der Bewertung zugrunde.

Unwissenschaftliche Argumente in der Diskussion

Dass viele (nicht alle) GegnerInnen von Beschneidungen gerade in der medialen Diskus-

sion von falschen Prämissen ausgehen, hat vor kurzem eine Untersuchung des American Jewish Committee gezeigt: Behauptungen und angebliche „Fakten“ über Beschneidungen werden in der Debatte häufig falsch dargestellt und aus dem Kontext gerissen, um Beschneidungen gefährlicher erscheinen zu lassen als sie sind.¹

Abzuwägen sind damit für mich also ein äußerst starker Eingriff in die Religionsfreiheit und ein relativ harmloser Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Genau deshalb halte ich es für falsch, wenn nun die Religionsfreiheit zurücktreten muss. Deshalb bin ich grundsätzlich für eine gesetzliche Zulassung von Beschneidungen aus religiösen Gründen. Natürlich nur in bestimmten Grenzen: So dürfen die Eingriffe z.B. nur von ÄrztInnen und nur in medizinischen Räumen vorgenommen werden. Eingriffe durch Religionsangehörige, die selbst keine MedizinerInnen sind, halte ich für ein zu großes Risiko.

Gerade das Kindeswohl spricht für eine Zulassung der Beschneidung in engen Grenzen

Für eine solche Regelung spricht auch ein tatsächliches Argument: Religiöse Riten sollten diskutiert und in Frage gestellt werden. Das kann aber nur gelingen, wenn die Diskussion innerhalb der Religionsgemeinschaften geführt wird. Keine Religion lässt sich ihre Regeln von außen vorschreiben. Dafür sind ihre Regeln zu alt, zu etabliert und haben zu lange Bestand. Bei einem vollständigen Verbot würde dies daher nicht dazu führen, dass Beschneidungen nicht mehr durchgeführt würden. Sondern nur dazu, dass sie nicht in sterilen Räumen und weniger von ÄrztInnen, sondern von Laien durchgeführt würden. Zwar sind Verstöße gegen Verbote kein Argument gegen das Verbot. Hier halte ich aber das Risiko der Verletzung der Kinder für zu groß, als dass diese Rituale in den Bereich der Illegalität verschoben werden dürften. Gerade das Kindeswohl spricht also FÜR, nicht GEGEN eine Zulassung der Beschneidung in bestimmten Grenzen.

Wer das nachprüfen will, findet die Untersuchung unter <http://www.ajc-germany.org/ajc-studie-deckt-unwissenschaftliche-argumente-der-beschneidungsdebatte-auf>.

REZENSION

Franz Walters „Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie“

von Matthias Speidel

Es ist unbestritten. Der deutsche Wandlungsprozess im 20. Jahrhundert, hin zu einem friedlich demokratischen Sozial- und Rechtsstaat, ist maßgeblich durch die sozialdemokratische Politik mitgestaltet worden. Daran ändert auch die Bundestagswahl von 2009 nichts. Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter stellt sich vor allem vor diesem Hintergrund die Frage, ob das 21. Jahrhundert mit einem ähnlichen sozialdemokratischen Etikett versehen werden kann. Und, so viel sei schon verraten: Er ist keinesfalls davon überzeugt.

In seinem lesenswerten Büchlein mit dem provokanten Titel „Vorwärts oder abwärts?“ analysiert Walter in sieben Kapiteln die Stimmen- und Stimmungsverluste der SPD, die in der katastrophalen Bundestagswahl 2009 ihren bisherigen(!) Kulminationspunkt gefunden hätten.

Seine flüssig geschriebene und gut begründete Analyse ist so kurzweilig wie stupend. Walter entwirft ein überzeugendes Bild der Ursachen, die letztlich zur Wahlniederlage führten. Der Politikwissenschaftler wählt dabei weder eine verdichtete Wahlkampfperspektive noch zückt er die „Hartz IV“- oder „Rente mit 67“-Keule. Er holt vielmehr weiter aus.

Der Ausgangspunkt seiner Beobachtung ist das Jahr 1973; das Jahr, welches aus seiner Sicht nichts weniger als „den Anfang vom Ende, des klassischen, des proletarischen Sozialismus“ markierte. Warum 1973? Diese Erklärung ist für den Leser zunächst erstaunlich, erlebte die SPD doch, wie auch Walter bilanziert, zuvor ihre „sechs besten Jahre“. Die ersten politischen Erfolge schienen den Konzepten der (mit-)regierenden SPD Recht zu geben. Das Versprechen einer „Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik“ schien einlösbar zu sein, der Spagat zwischen Ausbau des Wohlfahrtsstaates bei steigendem Wirtschaftswachstum möglich.

Der Knackpunkt dieser sozialdemokratischen Erzählung war jedoch die kollektive Krisenerfahrung des Jahres 1973. Die symbolträchtige Wirkung von Ölpreisschock und leer gefegter Autobahnen brannte sich tief ins kollektive Gedächtnis der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein. Sie entzauberte damit jäh die wirtschaftliche Planungstoptopie der SPD, die in Begriffen von „Globalsteuerung“, „konzertierter Aktion“ und „Vollbeschäftigung“ Eingang in das sozialdemokratische Mythenarsenal gefunden hatte.

„Nach dem Boom“ (Anselm Doering-Manteuffel) des ersten Vierteljahrhunderts der jungen Republik fehlte es der SPD in der Folge an einem glaubhaften Zukunftsprojekt. Bisherige Erklärungsmuster wie „Bürger gegen Arbeiter“ und „Markt gegen Staat“ verfielen mehr und mehr und, dies lässt Walter nicht unerwähnt, wurden durch Alternativen nicht kompensiert. Es gab keine Parolen und Begrifflichkeit, welche die komplexer gewordenen gesellschaftlichen Konstellationen besser abbildeten. Ideen wie die des „demokratischen Sozialismus“, der „Arbeiterklasse“ oder des „Planungsstaats“ verkamen zur Inhaltsleere, zu bloßen Worthülsen, schienen mitunter anachronistische Relikte aus fernen Tagen zu sein. Es wäre die Stunde der „Improvisation“ gewesen, die unter Helmut Schmidt, wie auch später unter Gerhard Schröder, zum Sinnbild pragmatischen (und sinnvollen) Regierungshandelns erhoben wurde. Visionen waren bekanntermaßen unerwünscht.

Eine weitere Hypothek, die sich laut Walter

Franz Walter

Vorwärts oder abwärts?

Zur Transformation

der Sozialdemokratie

edition suhrkamp

SV

für die SPD mittelfristig als Minenfeld erwies, war, so paradox es auch zunächst klingen mag, die erfolgreiche sozialdemokratische Bildungspolitik. Während sich die „Arbeitnehmerisierung“ der SPD in den 1960er Jahre fortsetzte und sie vor allem unter Angestellten neue Wähler fand, entfremdeten sich die Bildungsprofiteure der 1960er und -70er Jahre vom klassischen sozialdemokratischen Facharbeiter- und Gewerkschaftsmilieu – sprich: von den „kleinen Leuten“.

Aus diesen Aufsteigern der „1973-Generation“ rekrutierten sich überdies die zukünftigen Führungsfiguren der späteren rot-grünen Regierung, die stark von und an einer Orientierung „nach oben“ geprägt waren, Stichwort: Brioni und Havanna. Diejenigen, die karriereorientiert waren wie Gerhard Schröder, Björn Engholm oder Oskar Lafontaine, hätten, nicht ganz unopportunistisch, in der als „moderner“ wahrgenommenen SPD den Transmissionsriemen für die eigenen Aufstiegspläne gesehen. Walter gibt zu bedenken, dass dies durchaus auch in anderen Parteien möglich gewesen wäre.

Dies zeige sich insbesondere daran, so eine der Thesen Walters, wie widerstandslos sich die damalige SPD-Führung den Konzepten eines Neoliberalismus ergab. Es galt, dem vorherrschenden neoliberalen Mainstreamdenken der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Führungselite nachzueifern. Die besondere Anfälligkeit vieler Sozialdemokraten dafür, sich der Angebots- und Privatisierungswirtschaft zu ergeben, sieht Walter zudem im „Projektverlust“ des Keynesianismus. Der in der SPD erst unter Finanzminister Karl Schiller zur Wirtschaftsdoktrin geadelten Keynesianismus litt am Schiffbruch von 1973 mit. Durch die mit dem Neologismus „Stagflation“ betitelte Krisenperiode der 1970er Jahre gerieten die keynesianischen Handlungsmodelle in Erklärungsnot.

Doch das war nicht das einzige, womöglich sogar das geringste Problem. Weitaus wirkungsmächtiger und globaler sei die vor allem von Friedrich Hayek geprägte neoklassische Schule der Monetaristen gewesen, die von den USA nach Europa, hier zunächst in Margaret Thatchers England, auf fruchtbaren Boden fiel. Mit dem Argument, dass ein aufgeblähter Staats- und Verwaltungsapparat den lieben langen Tag nichts anderes tut, als dem Individuum die Freiheit zu rauben, war der Neoliberalismus, gerne auch einmal in Gestalt einer Ökoliberalität, zum prägenden Denkmuster der Mittelschicht geworden.

Was folgte nun laut Walter daraus? Die Erneuerung der SPD vollzog sich Mitte der 1990er als programmatischer Rekurs auf die „Neue Mitte“ und des „Dritten Wegs“ – mit neoliberalem Einschlag. Mit diesen Schlagworten gelang der totgesagten Sozialdemokratie, überhaupt in ganz Europa, die Wiederlangung über die Deutungshoheit in der politischen Debatte. Das Hätscheln von (Investment-) Banken und Hedgefonds gehörte zum guten Ton. Man galt als modern und war im Einklang mit neoliberalen Konzepten quasi „auf der Höhe der Zeit“. So weit, so gut. Oder auch nicht.

Im Rückblick ist Walter erstaunt darüber, wie es die „hohlen und floskelhaften Binsenweisheiten“ des Schröder-Blair-Papiers (oder vielmehr Mandelbaum-Hombach) es vermochten,

fast widerstandslos, die traditionellen Überzeugungen zu brechen. Gewiss gab es Kritik. Am prominentesten etwa von Erhard Eppler, der den Kotau vor all dem monierte, was die Sozialdemokratie bisher bekämpft hatte. Mit am stärksten ist der Teil des Buches, in dem Walters Blick über den nationalen SPD-Tellerrand hinausgeht. Der sozialdemokratische „Niedergang“ erwies sich ja nicht als ein alleiniges deutsches Phänomen. In den klassischen Hochburgen wie Dänemark, den Niederlanden, Österreich oder den skandinavischen Ländern erlebte die europäische Sozialdemokratie ebenfalls herbe Stimmenverluste, so etwa zu den Wahlen zum Europäischen Parlament von 2009. Innerhalb einer Dekade verschoben sich die politischen Machtverhältnisse auf nationaler Ebene, wie auch auf der europäischen, von Mitte-Links zu Mitte-Rechts dominierten Parlamenten.

In europäischer Perspektive scheinen die jeweiligen Probleme nicht unähnlich: Zu schaffen macht der Abfluss von jugendlichen Wählern, der eigene Mitgliederschwund bzw. die zunehmende Vergreisung, fehlende gesellschaftliche Modellangebote sowie die Anbieterung an neoliberale Ideen. Gewiss, die sozialdemokratischen Parteien versuchten, sich diesen Entwicklungen entgegenzustemmen, etwa mittels Parteireformen, Einführung plebiszitäre Elemente, offene Listen oder Mitgliederbefragungen. Vieles wurde versucht, die innerparteiliche Mobilisierung zu fördern. Doch die mehr oder weniger zu Allgemeinplätzen geratenen „Ideen“, wären schon vor 30 Jahren vorgeschlagen worden und, so Walters traurige Bilanz, hätten auch jetzt nur wenig geholfen.

Sehr brisant ist Walters These eines kausalen Zusammenhangs zwischen dem Vertrauensverlust der Sozialdemokratie und dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa. Dagegen mag es berechtigten Widerspruch geben. Gleichwohl sollte die These diskutiert werden, inwiefern dem Aufkommen rechtspopulistischer Parteien Vorschub geleistet wurde, indem diese in die hinterlassene Lücke der sozialpolitischen Agenda hineinstießen. Dass Walter nicht nur das argumentatorisch feine Florett führen kann, verdeutlichen die für einen Wissenschaftler eher ungewöhnlich

direkten Angriffe auf die damalige SPD-Führung. Namentlich werden Franz Münteferring, Gerhard Schröder und auch Olaf Scholz genannt.

In diesem Zusammenhang kommt er erstmals auf die Agenda-Reformen und die „Fehlentwicklungen“ dieser Politik zu sprechen. Die Enttäuschung über die sozialdemokratische Politik, symbolhaft in der steigenden Anzahl von prekär Beschäftigten, deren Lohn nicht zum Leben reicht sowie dem Hartz-IV-„Überwachungsstaat“, führten zu einem beispielsweise Mitgliederexodus und Wählervertrauensverlust. Für „soziale Gerechtigkeit“, so hätten sich schon die Mehrheit einer Umfrage aus dem Jahr 2004 geäußert, bemühe sich die SPD schon lange nicht mehr.

Für Walter grenze es schon an „Realitätsverdrängung“ und „Fehlerignoranz“, dass die Leitungsetage im Willy-Brandt-Haus die allgegenwärtigen Krisensignale nicht ehrlich zur Kenntnis nahmen, die einmal getroffenen Entscheidungen durch Unsinnssätze wie „Fraktion ist gut, Partei auch. Glück auf“ als „alternativlos“ verteidigten. Besonders kritisch sieht er die Gruppe der „Netzwerker“, jenen Bundestagsabgeordneten also, die jung und eher berufsunerfahren, besonders abhängig von ihrem politischem Mandat und damit willfährig gewesen seien. Gleichwohl bekommen die „Parlamentarische Linke“ sowie die „Seeheimer“ ebenso ihr Fett weg.

Die Walterschen Gravamina ließen sich an dieser Stelle weiter nacherzählen. Letztlich zeichnet er eine erschütternde Momentaufnahme der SPD des Jahres 2009. Im letzten Kapitel versucht sich Walter, trotz seiner pessimistischen Prognose, nunmehr an eigenen Handlungsempfehlungen für die SPD. Überzeugend sind sie leider nicht. Angesichts von Globalisierungängsten und Finanzmarktkrise rekurriert Walter auf das bekannte Elaborat des englischen Historikers Tony Judt „What is living and what is dead in Social Democracy?“. Demnach liegt die Chance der SPD darin, als Partei für das „Zeitalter der Unsicherheit“ zu fungieren, welches Judt für das 21. Jahrhundert prophezeit.

Was Walter und Judt hierbei empfehlen, ist

DAS POLITISCHE LIED

allerdings nicht unbedingt neu. Vielmehr berufen sich beide auf nichts weniger als die Gründungsidee der sozialdemokratischen Partei. Denn versteht man die Moderne als Projekt zur Kontingenzbewältigung (Niklas Luhmann), also der Vermeidung von Risiko, von Unsicherheiten, so war bereits die Gründung der Sozialdemokratie ja nichts weniger als die politische und gesellschaftliche Manifestation dieser Projektidee. Bereits die ersten sozialdemokratischen Forderungen nach einer Sozialgesetzgebung waren geradezu davon durchtränkt, die Lebensrisiken für die Mehrheit der Gesellschaft, wenn sie auch nicht ganz vermieden werden konnten, doch zumindest kalkulierbarere, handhabbarer zu machen.

Dass die SPD mit der Agenda eines interventionistischen bzw. eines vorbeugenden Sozialstaates doch am Besten zu fahren scheint, zeigen unlängst die Wahlen in Nordrhein-Westfalen oder in Frankreich. Daher wirkt es für den Rezensenten etwas unfair, wenn Walter bekrittelt, die SPD berufe sich in Krisenzeiten gerne auf „ihre“ Geschichte“ als Seelenbalsam, während gleichzeitig seine Empfehlung nichts weiter als ein Rekurs auf die Geschichte bedeutet.

Doch wo er recht hat, hat er recht. Aus dem jetzt schon seit fast 150 Jahren vor sich hinkelnden Identitätskessel kann sich die SPD durchaus mit Stolz bedienen – freilich ohne allzu sehr in Nostalgie zu verfallen.

Das Bundeslied wurde 1863 von Georg Herwegh geschrieben und von Peter Heinz vertont. 1920 hat Hans Eisler es nochmals vertont. Ferdinand Lassalle bat den Dichter Herwegh es zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) zu schreiben. Das Bundeslied wurde meistens am Ende der Versammlungen des ADAV gesungen und wurde trotz Jahre langen Verbotes zu einem der populärsten Arbeiterlieder in Deutschland. Auch nachdem der ADAV in der SPD aufging wurde es noch häufig angestimmt.

Bet und arbeit! ruft die Welt,
 Bete kurz! denn Zeit ist Geld.
 An die Türe pocht die Not –
 Bete kurz! denn Zeit ist Brot.

Und du ackerst, und du säst,
 Und du nietest, und du nähst,
 Und du, hämmerst, und du spinnst –
 Sag, o Volk, was du gewinnst!

Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,
 Schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
 Füllst des Überflusses Horn,
 Füllst es hoch mit Wein und Korn –

Doch wo ist dein Mahl bereit?
 Doch wo ist dein Feierkleid?
 Doch wo ist dein warmer Herd?
 Doch wo ist dein scharfes Schwert?

Alles ist dein Werk! o sprich,
 Alles, aber nichts für dich!
 Und von allem nur allein,
 Die du schmiedst, die Kette, dein?

Kette, die den Leib umstrickt,
 Die dem Geist die Flügel knickt,
 Die am Fuß des Kindes schon
 Klirrt – o Volk. das ist dein Lohn.

Was ihr hebt ans Sonnenlicht,
 Schätze sind es für den Wicht,
 Was ihr webt, es ist der Fluch
 Für euch selbst – ins bunte Tuch.

Was ihr baut, kein schützend Dach
 Hat's für euch und kein Gemach;
 Was ihr kleidet und beschuht,
 Tritt auf euch voll Übermut.

Menschenbienen, die Natur,
 Gab sie euch den Honig nur?
 Seht die Drohnen um euch her!
 Habt ihr keinen Stachel mehr?

Mann der Arbeit, aufgewacht!
 Und erkenne deine Macht!
 Alle Räder stehen still,
 Wenn dein starker Arm es will.

Deiner Dränger Schar erblaßt,
 Wenn du, müde deiner Last,
 In die Ecke lehnst den Pflug,
 Wenn du rufst: Es ist genug!

Brecht das Doppeljoch entzwei!
 Brecht die Not der Sklaverei!
 Brecht die Sklaverei der Not!
 Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

EINDRÜCKE AUS DER 16.



Infostand der Abteilung mit dem Einsatz einer Bodenzeitung, die Aufschluss darüber gibt, worum sich die SPD in den Augen der Bürger kümmern soll.



Lesung aus alten Tagebüchern eines Genossen aus den 1940er Jahren im Lindengarten.





Wedding ist bunt

Kein Ort für Nazis

Eine Initiative des
Bündnis Mitte gegen Rechtsextremismus

Unterstützt von:

AKTIV IM KIEZ E.V. ARBEITERWUHLFAHRT ASTA DER BEUTH HOCHSCHULE FÜR TECHNIK BERLINER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN RATSCHLAG (BER) CODE E.V. DEUTSCH-TÜRKISCHER FREIENDESKREIS E.V. DIE GRÜNEN MITTE DIE LINKE IM WEDDING
NATURFREUNDE BERLIN ORTSGRUPPE ADELANTE REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD E.V. ROMANI-DEUTSCH-KURDISCHER FREIENDESKREISVEREIN SOZIALISTISCHE JUGEND DIE FALKEN BERLIN MITTE SPD BERLIN MITTE TÜRKISCHE GESELLSCHAFT VER.DI BERLIN

